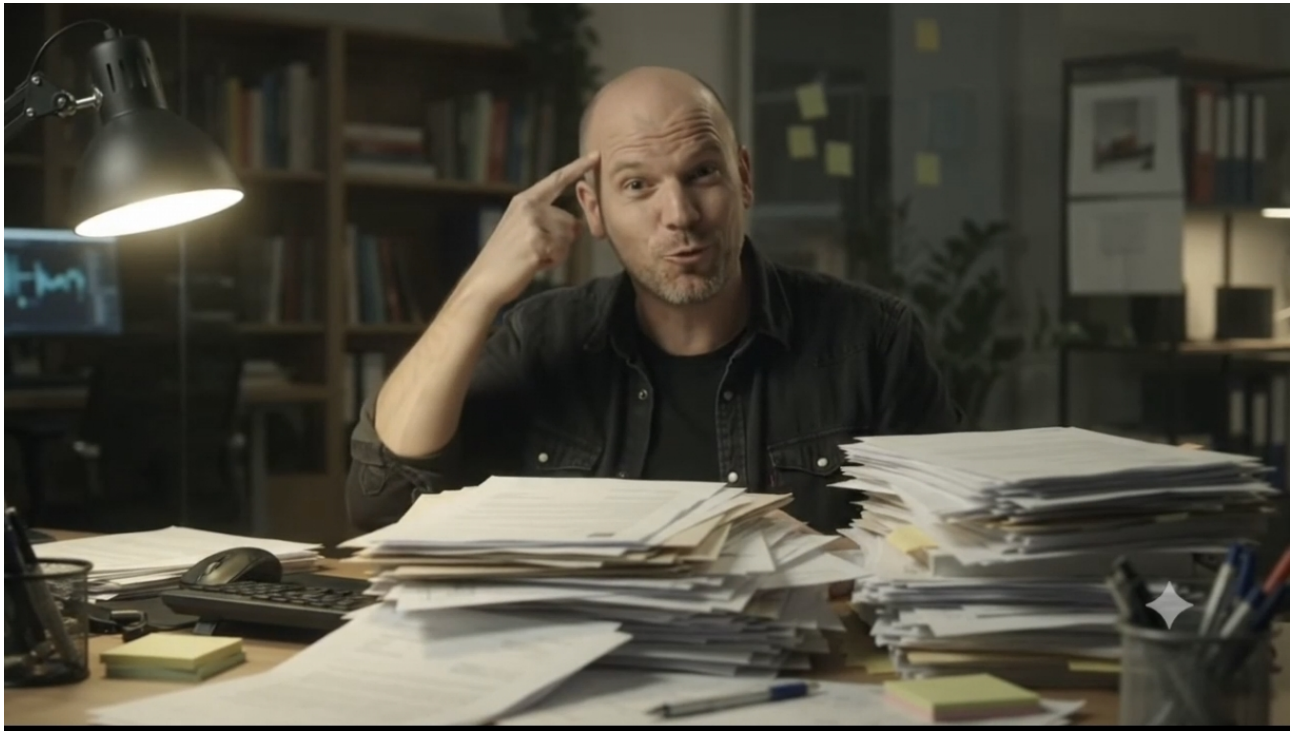


Wenn der Zoll beim Teenager pfänden will: So wehren Sie sich gegen den Inkasso-Wahnsinn der Jobcenter!

09.09.2026 · https://sentinel-portal.com/beitrag/meldet_euch_bei_problemen_sentinel_portal_hilft

Es klingt wie ein schlechter Scherz aus einer zynischen Komödie, ist aber bittere Realität für tausende Familien in Deutschland:



Man öffnet den Briefkasten und findet eine offizielle Zahlungsaufforderung mit Zwangsvollstreckungsankündigung des Hauptzollamts. Der angebliche Schuldner, dem mit einer Wohnungsdurchsuchung gedroht wird? Das eigene, minderjährige Kind.

Genau dieser behördliche Autopilot-Wahnsinn ist uns hier auf dem Sentinel-Portal aktuell auf den Tisch geflattert. Wir nehmen diesen Fall zum Anlass, um nicht nur das systemische Versagen hinter solchen Briefen aufzudecken, sondern Ihnen als Bürger einen klaren Leitfaden an die Hand zu geben, wie Sie diesen Spuk sofort beenden.

Der Fall: Wie eine Zehnjährige zur Zoll-Schuldnerin wurde

Schauen wir uns die nackten Fakten dieses aktuellen Falls an. Das Hauptzollamt Berlin fordert von einer 16-jährigen Schülerin die Vollstreckung einer Geldforderung in Höhe von 319,95 €. Der Ursprung dieser Forderung? Das Jobcenter Marzahn-Hellersdorf fordert Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) sowie Sozialgeld aus dem Zeitraum vom 01.09.2020 bis zum 30.09.2020 zurück. Zu diesem Zeitpunkt war das betroffene Mädchen gerade einmal 10 Jahre alt!

Da diese angebliche Überzahlung damals nicht beglichen wurde, schaltete sich der Inkasso-Service der Bundesagentur für Arbeit in Recklinghausen ein und erließ im September 2024 ein Vollstreckungsersuchen. Das Resultat: Eine Vollziehungsbeamtin kündigt für den 19.10.2026 zwischen 13 und 16 Uhr an, die Wohnung der 16-Jährigen aufzusuchen, um zu pfänden – und droht notfalls mit einer richterlichen Durchsuchungsanordnung und der Öffnung verschlossener Türen.

Das Systemversagen: Veraltete Daten und blinder Aktionismus

Wie kann es sein, dass der Zoll bei einer Schülerin ohne eigenes Einkommen oder Bankkonto aufschlägt? Die Antwort liegt in einem völlig entgleiten, automatisierten Verwaltungssystem, das Fakten schlichtweg ignoriert:

Veraltete Melderegister-Abfragen: Die Behörden führen oft blinde Adressermittlungen durch. Im vorliegenden Fall wurde das Schreiben an die aktuelle Adresse des Kindes geschickt, als gesetzliche Vertretung wurde jedoch eine Person aufgeführt, die diese Funktion längst nicht mehr innehat. Ein 2024 gerichtlich festgestelltes, alleiniges Sorgerecht des Vaters wurde vom Inkasso-Service vollkommen ignoriert.

Der fatale Zustellungsmangel: Bevor der Zoll mit einer Vollstreckung drohen darf, müssen dem tatsächlichen, aktuellen gesetzlichen Vertreter rechtswirksame Mahnungen und Anhörungen zugestellt werden. Passiert das nicht, weil die Behörde mit veralteten Vormundschaftsdaten operiert, ist das gesamte Verfahren formell angreifbar. Die Zwangsvollstreckung fällt sprichwörtlich aus dem Nichts.

Die Kinderhaftung im SGB II: Das deutsche Sozialrecht konstruiert die absurde Situation, dass Kinder in einer Bedarfsgemeinschaft als eigene Leistungsempfänger gelten. Baut der erziehungsberechtigte Erwachsene (oder das Amt selbst) bei der Anrechnung von Geldern – wie etwa Unterhaltszahlungen – einen Fehler, wird das Kind zum Schuldner gemacht.

Der Sentinel-Ratgeber: So wehren Sie sich richtig

Wenn auch Sie plötzlich ein solches gelbes Schreiben für Ihr minderjähriges Kind im Briefkasten haben, gilt vor allem eines: Keine Panik, aber sofortige und strategische Gegenwehr! Die Behörden rechnen damit, dass Bürger aus Angst vor dem Zoll-Adler einknicken und zahlen. Mit diesen drei Schritten ziehen Sie der Maßnahme den juristischen Stecker:

Schritt 1: Sofortiger Stopp beim Zoll

Kontaktieren Sie den zuständigen Vollziehungsbeamten umgehend über die auf dem Schreiben angegebene E-Mail-Adresse und Telefonnummer. Stellen Sie klar, dass die adressierte Person minderjährig ist, über kein pfändbares Vermögen verfügt und korrigieren Sie – falls zutreffend – fehlerhafte Angaben zur gesetzlichen Vertretung (Sorgerechtsbeschluss in Kopie mitsenden!). Einer Wohnungsdurchsuchung ist ausdrücklich zu widersprechen.

Schritt 2: Den Zustellungsmangel rügen

Wenden Sie sich direkt an die ersuchende Behörde (in der Regel der Inkasso-Service der Bundesagentur für Arbeit). Wenn Sie als aktueller gesetzlicher Vertreter vorab keine Mahnungen erhalten haben, rügen Sie die Verletzung des rechtlichen Gehörs (§ 103 GG). Beantragen Sie formell die "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" (§ 27 SGB X). Die Vollstreckungsgrundlage ist damit hinfällig.

Schritt 3: Die ultimative Waffe – § 1629a BGB

Das ist der wichtigste Schutzmechanismus für Ihr Kind: Die sogenannte Beschränkung der Minderjährigenhaftung. Der Gesetzgeber in Deutschland hat klar geregelt, dass Minderjährige nicht mit einem Schuldenberg, den Eltern oder Behörden verursacht haben, in die Volljährigkeit starten dürfen. Nach § 1629a BGB haftet ein Kind an seinem 18. Geburtstag für derartige Altlasten maximal mit dem Vermögen, das es genau an diesem Tag besitzt. Da dieses bei betroffenen Jugendlichen meist bei null liegt, läuft die Forderung ins Leere. Erheben Sie diese Einrede als gesetzlicher Vertreter bereits präventiv gegenüber dem Inkasso-Service!

Lassen Sie sich von pauschalen Drohkulissen der Behörden nicht einschüchtern. Transparenz und das Wissen um die eigenen Rechte sind der beste Schutz gegen eine Verwaltung, die in ihrer eigenen Automatisierung den Bezug zur Realität verloren hat. Das Sentinel-Portal wird solche Vorfälle auch weiterhin schonungslos dokumentieren – denn Rechtsstaatlichkeit darf keine Einbahnstraße sein.

Rechtlicher Hinweis für das Einleitungsvideo - Wir können keine Rechtsberatung geben, wir können aber oft die ersten schreiben mit ausarbeiten um Fristen zu wahren und den Weg zeigen, der dann gegangen werden sollte um Probleme zu lösen!

Das im Beitrag erzählte betrifft jeden, welcher Forderungen gegen sein Kind bekommt und nicht nur den, der da noch kein Sorgerecht hatte. Es gibt immer einen Weg!

WIR SIND ONLINE

WIR SCHLAGEN JETZT ZURÜCK!

Vorlesen: [/legacy-media/video/Meldet_euch_bei_Problemen_Sentinel_Portal_hilft.mp4](#)

Beitragsvideo: [/legacy-media/video/Meldet_euch_bei_Problemen_Sentinel_Portal_hilft_btrg.mp4](#)

Story: https://sentinel-portal.com/beitrag/meldet_euch_bei_problemen_sentinel_portal_hilft

AUTORIN / REDAKTION

Sentinel Redaktion - Journalist Reimer, Administrator, Gott, Batman (nach Priorität sortiert)

Am 03.09.2025 hatte ich die Wahl! Ich entschied mich Richterin Neuhaus vom Amtsgericht Kreuzberg anzuzeigen und die Dienstaufsicht einzuschalten.



Heute nach fast einem Jahr zeigt sich das erschreckende Bild erst deutlich und so wurde klar, die Dienstaufsicht steckt mit der Richterin unter einer Decke!

Sie ziehen das Land ab und machen Betrug am Bürger, indem Sie kein Recht sprechen, sondern es vorsätzlich brechen!

Ich würde mich nie hinstellen und sowas behaupten, wenn es nicht bewiesen wäre!

Dafür ist dieses Portal entstanden! Es zeigt die juristische Ausarbeitung der Gesamtsituation und meinen unerbitterten Kampf darum, mir mein Recht nicht nehmen zu lassen!

Alles dazu findet man auf diesem Portal mit Beweisen, nachweisbar gemacht!

Sieh dich um und bilde dir deine Meinung!

[Website](#)